

Antrag

der Fraktion der AfD

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Für unsere Heimat Rheinland-Pfalz – Heimat. Sicherheit. Zukunft – Freiheit und Gerechtigkeit für Familien

I. Der Landtag stellt fest:

Die Landesregierung unterschätzt die Bedeutung der Familie und wird ihrer im Grundgesetz verankerten Rolle als Trägerin der Pflege und Erziehung unserer Kinder. Stattdessen idealisiert sie die Erziehung in staatlichen Institutionen und fördert diese in einseitiger Weise.

An den von Schulen und Kitas zunehmend beklagten sozialen, emotionalen und sprachlichen Defiziten vieler Kinder wird deutlich, dass der Staat – trotz enormer finanzieller Aufwendungen für die Bildungs- und Erziehungsarbeit – die Rolle der Eltern nicht übernehmen kann. Wenn heute immer mehr Schulsozialarbeiter erforderlich sind, weil einfachste Umgangsformen nicht mehr beherrscht werden, weil jungen Menschen die grundsätzlichen Voraussetzungen für schulisches Lernen fehlen und weil sozial-emotionale Defizite auch schon bei Grundschulkindern immer häufiger anzutreffen sind, dann ist dies ein deutliches Indiz dafür, dass Familien mehr Unterstützung brauchen. KiTas können familiäre Erziehung ergänzen, aber nicht ersetzen. Gleiches gilt für Schulen und andere Bildungseinrichtungen, die sich schon deshalb auf ihre originären Aufgaben konzentrieren sollten, um diesen wieder gerecht werden zu können. Damit das möglich ist, müssen wir Familien stärken und ihnen die Möglichkeit geben, die Erziehung ihrer Kinder als ihr „Recht und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht“ wahrzunehmen, wie es unser Grundgesetz in Artikel 6, die Landesverfassung in Artikel 25 und das Kinder- und Jugendhilferecht (§ 1 SGB VIII) fordern.

Statt „früher Bildung für alle Kinder“, wie die Landesregierung sie propagiert, ist es wichtig, gerade den Kleinsten eine emotionale Bindung an die Mutter, aber auch an den Vater, zu ermöglichen. Kinder unter drei Jahren brauchen vor allem Bindung, eine „frühe Bildung“ ist demgegenüber nachrangig. Die Erkenntnisse von Bindungs- und Hirnforschung sind eindeutig: nachhaltige Bildungsarbeit baut auf einer sicheren Bindung auf, die Kinder in ihren ersten Lebensjahren mit ihren Eltern entwickelt haben.

Deshalb ist es falsch, einseitig in den Ausbau der Kindertagesbetreuung zu investieren. Das beste Betreuungsverhältnis besteht in der Familie. Zudem werden Kinder allein dort nicht nur betreut und versorgt, sondern auch geliebt – ein ganz wesentlicher Unterschied! Eltern in Rheinland-Pfalz sollten daher frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause selbst erziehen oder nicht. Um diese Wahlfreiheit nicht nur theoretisch sondern auch prak-

tisch zu gewährleisten, möchten wir Familien, die keinen Kita-Platz in Anspruch nehmen, eine finanzielle Unterstützung als Kompensation gewähren. Durch die so entstehende größere ökonomische Unabhängigkeit würden sie mehr als bisher in die Lage versetzt, ihre eigenen Vorstellungen hinsichtlich familiärer Lebensgestaltung umzusetzen. Zudem wäre damit eine auch monetäre Anerkennung der in den Familien geleisteten Erziehungsarbeit verbunden und ein Stück mehr Gerechtigkeit für Mütter und Väter hergestellt.

Kritisch ist auch der gezielt und stetig vorangetriebene Ausbau der Ganztagschulen zu sehen. Wie die Landesregierung selbst feststellte, wurde das ursprüngliche Ziel „weit übertroffen“. Gegen ein bedarfsorientiertes Angebot an Ganztagschulen ist nichts einzuwenden. Gleichzeitig müssen jedoch die Nachteile einer permanenten Ausweitung der Ganztagsbeschulung deutlich benannt werden. Gerade die wichtige „individuelle Selbstförderung“ bleibt hier auf der Strecke, weil die Ausdehnung der Schulzeit eine Verkürzung der individuellen Lernzeit mit sich bringt. Die Zeitfenster für außerschulische musikalische und kulturelle Aktivitäten, das Mitwirken in Sportvereinen, kirchlichen oder anderen Gruppen und nicht zuletzt die Bildung zu Hause werden zwangsläufig reduziert. So engt die Verschulung immer größerer Teile des Lebens die Freiräume und damit auch die Freiheit der Kinder massiv ein. Zudem führt der verstärkte Einsatz von Ressourcen für die Ganztagschulen faktisch zu einer Benachteiligung der Halbtagschüler. Denn anstatt in kleinere Klassen oder bessere Fachräume zu investieren, werden die begrenzten finanziellen Mittel für einen Mensa-Neubau oder zusätzliches Personal für die Nachmittagsbetreuung ausgegeben.

Definitiv abzulehnen ist die mit einem eigenen Haushaltstitel bedachte sogenannte Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung in Kindertagesstätten. Die rheinland-pfälzischen Kinder sollen spielen, singen und auch mal toben dürfen. Daneben ist das behutsame Einüben demokratischer Prozesse seit jeher Bestandteil pädagogischer Arbeit in diesen Einrichtungen. Darüber hinausgehenden ideologisch aufgeladenen Projekten mit dem Ziel einer politischen Indoktrination schon unserer Kleinsten ist jedoch entschieden entgegenzutreten.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- mit Kompensationszahlungen an diejenigen Familien, die keinen Kita-Platz in Anspruch nehmen, die Voraussetzungen für mehr Wahlfreiheit und Gerechtigkeit bei der Erziehung von Kleinkindern zu schaffen;
- Eltern so wieder stärker in die Lage zu versetzen, ihr Erziehungsrecht und ihren Erziehungsauftrag angemessen wahrzunehmen und dadurch
- den Kostenanstieg in der öffentlichen Betreuung zu begrenzen und die Einrichtungen wieder mehr auf die Ergänzung und Unterstützung familiärer Kindererziehung zu fokussieren;
- den prioritären Ausbau von Ganztagschulen zulasten des mehrgliedrigen Schulsystems zu stoppen;
- jeder Form politischer Indoktrination in KiTas und Schulen entgegenzutreten.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger